

An den
Vorsitzenden des Sozialausschusses
den Vorsitzenden des Integrationsrates
und den Rat der Stadt Rheine
Klosterstr. 14
48431 Rheine

VV	BM	X	X	K	
Stadt Rheine					
14. SEP. 2015					
BM					
	7				

14. September 2015

Antrag Gesundheitskarte für Flüchtlinge

DIE LINKE Ratsfraktion Rheine bittet den Sozialausschuss und den Integrationsrat zu empfehlen und den Rat der Stadt Rheine zu beschließen:

1. Die Stadt Rheine erklärt gegenüber dem Landesministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter den Beitritt zu der Vereinbarung für eine Gesundheitskarte für Flüchtlinge.
2. Die Umsetzung der Vereinbarung wird unverzüglich in die Wege geleitet, der Austritt aus dem Solidarfonds des Kreises ist zu prüfen und ggf. zu veranlassen.

Begründung:

Das Land NRW hat Ende August die landesweite Einführung einer Gesundheitskarte als eine Option beschlossen, der Kommunen beitreten können.

In Rheine wird die gesundheitliche Versorgung der Flüchtlinge teils selbst und teilweise durch ein kompliziertes System über einen Solidarfonds mit dem Kreis Steinfurt abgerechnet. Allerdings kann wegen dieser Komplexität keine Auskunft zu Inanspruchnahme von Leistungen und Aufwendungen vom Kreis gegeben werden, denn zentrale Anlaufstelle für die Berechtigten ist weiterhin die Kommune.

Es ist daher günstiger und auch verwaltungstechnisch einfacher zu handhaben, wenn Flüchtlinge einen regulären Zugang zum Gesundheitssystem mittels einer Gesundheitskarte erhalten. Sie ermöglicht einen weitgehend diskriminierungsfreien Zugang und bei akuten Beschwerden und Schmerzen müssen nicht zuerst Anträge bei der Stadt eingereicht.

Das Ministerium hat hierzu umfangreiches Informationsmaterial veröffentlicht, das eine kurzfristige Umsetzung nach entsprechendem Ratsbeschluss ermöglicht.

Anne-Me Flojot-Wenke

Fraktionssprecherin
DIE LINKE. Ratsfraktion Rheine